

Erste Bestandesaufnahme über die Sozialausgaben in der Schweiz

Im Vergleich zum übrigen Europa wendet unsere Volkswirtschaft weniger für soziale Sicherheit auf

Pro Person gaben wir im Jahre 1990 rund 12 000 Franken für soziale Belange aus – davon 5200 Franken für die Gesundheit und 4900 Franken für das Alter. Diese Zahlen stammen aus dem ersten Sozialbudget der Schweiz. Die Studie der Universität Lausanne belegt zudem, dass die Schweiz – verglichen mit den Ländern der Europäischen Union – für den Sozialbereich einen unterdurchschnittlichen Teil ihrer Wirtschaftsleistung einsetzt.

■ VON VERENA THALMANN

Die schweizerische Sozialpolitik hat derzeit einen schweren Stand. Wirtschaftskreise kritisieren die hohen Kosten, klagen über mangelnde Effizienz und Missbrauch. Im Grunde weiss aber niemand so recht, wieviel im Sozialbereich wofür ausgegeben wird. Zwar werden fleissig Statistiken aller Art erstellt, doch fehlt eine Gesamtschau. Im Auftrag des Schweizerischen Nationalfonds haben nun der Lausanner Professor Pierre Gilliand, ein anerkannter Sozialstatistiker, und Stéphane Rossini eine erste Bestandesaufnahme vorgenommen.

Es war ein hartes Stück Arbeit, die Daten für ein Sozialbudget Schweiz zusammenzutragen. Der etwas irreführende Name steht für eine Auflistung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben in diesem Bereich. Das soziale Netz der Schweiz ist äusserst komplex gewoben; neben Bund, Kantonen und Gemeinden sind auch private Versicherungen, Organisationen und Institutionen daran beteiligt. Zudem erwiesen sich die vorhandenen Daten als lückenhaft und für bestimmte Fragestellungen ungeeignet. In einigen Bereichen mussten Schätzungen vorgenommen werden; beispielsweise war über die Höhe der bei den Banken liegenden Spargelder im Rahmen der steuerfreien dritten Säule nichts zu erfahren.

Ausgaben: Ein Viertel des Inlandprodukts

Die Autoren beziffern die Einnahmen des Sozialbudgets 1990 auf 119 Milliarden Franken, die Ausgaben auf 81 Milliarden (vgl. Grafik). Das sind 38 Prozent bzw. 26 Prozent des BIP, des Bruttoinlandprodukts, das sämtliche im Inland erbrachten Wirtschaftsleistungen erfasst. Abgezogen wurden die Transferzahlungen innerhalb des Systems. Die Differenz von 38 Milliarden Franken wanderte in den Kapitalstock, der bei den Versicherungen riesige Ausmasse angenommen hat. Sie verfügten 1990 über ein Vermögen von mindestens 430 Milliarden Franken: Über 215 Milliarden lagerten bei den Pensionskassen, 25 Milliarden bei den übrigen Sozialversicherungen und 190 Milliarden bei privaten Versicherungsgesellschaften.

Die Sozialstatistik der EU-Länder ist enger gefasst als das schweizerische Sozialbudget. Für einen Vergleich müssen

namentlich die Zusatzversicherungen und die von den privaten Haushalten getragenen Kosten (Zahnarzt, Selbstbehalte bei der Krankenversicherung, Selbstmedikation) abgezogen werden. Das führt zu Einnahmen von 90 Milliarden und Ausgaben von 65 Milliarden Franken. Bei den Ausgaben liegt die Schweiz fast 4 Prozent unter dem EU-Mittel. Allerdings war die Arbeitslosigkeit 1990 bei uns noch wenig verbreitet. Heute müsste der schweizerische Satz um 1,5 bis 2 Prozent erhöht werden.

Aus der nebenstehenden Tabelle lässt sich herauslesen, dass die Schweiz nur bei den Aufwendungen für das Alter das EU-Mittel knapp übertrifft. Bei der Gesundheit liegt der Anteil am BIP vergleichsweise tief, weil die Versicherten fast ein Viertel der Ausgaben selbst bezahlen müssen. Ausserordentlich bescheiden sind die Aufwendungen im Familienbereich.

Normalerweise gilt: Je reicher ein Land ist, desto mehr wendet es tendenziell für die soziale Sicherheit auf. Diese Regel trifft aber auf die Schweiz offensichtlich nicht zu, denn ihre Kaufkraft übertrifft das EU-Mittel um ein Drittel.

Eine Zusammenstellung der Sozialabgaben auf den Erwerbseinkommen in den OECD-Ländern weist in die gleiche Richtung: Auf dieser Liste figuriert die Schweiz mit 31 Prozent an 19. Position. Nur vier Staaten (Australien, Türkei, USA und Japan) liegen tiefer. Am höchsten sind die Abgaben in Schweden mit 53,2 Prozent.

Bedeutendes Stellenangebot

Die sozialen Einrichtungen sichern die Bevölkerung nicht nur gegen die wichtigsten Risiken ab, sondern bieten auch vielen Menschen ein Einkommen. Die Autoren schätzen die Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor auf 270 000 Personen (7,2 Prozent der Erwerbstätigen); zusammen mit dem Erziehungswesen sind es 360 000 Personen (9,7 Prozent). Dazu kommen die vielen nicht registrierten Stellen und die Freiwilligenarbeit.

Im Schlussteil erklären die Autoren, Ziel ihrer Recherchen sei es, Entscheidungsgrundlagen zu liefern, nicht Prognosen. Davon gebe es fragwürdige Beispiele – zwei werden genannt: Die vielzitierte Studie Wechsler-Savioz «Soziale Sicherheit nach 2000», die verschiedene

Mängel aufweise, sowie die Prognosen des Bundesamtes für Sozialversicherung zur Entwicklung der AHV. Das Amt habe lediglich eine «minimalistische» Variante veröffentlicht, die beispielsweise mit einem Wirtschaftswachstum von nur einem Prozent pro Jahr rechne. Langfristig wäre aber ein Schnitt von zwei Prozent realistischer.

Wo liegt das Hauptproblem?

Die beiden lassen klar erkennen, wie sie die Lage der Sozialwerke einschätzen: «Das Hauptproblem ist kaum finanzieller Natur», schreiben sie. «Es geht vielmehr darum, dass in unseren reichen Ländern die nötigen Mittel bewilligt werden, um die sozialen Bedürfnisse befriedigen zu können.»

81 Milliarden für Soziales

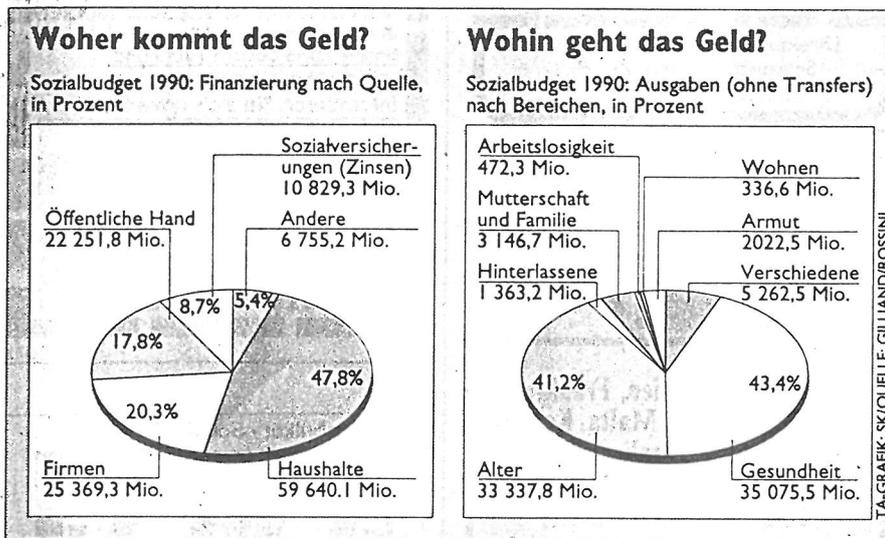
Vergleichsweise wenig

Zürich. – Wieviel geben wir eigentlich in der Schweiz für soziale Zwecke aus? Und wofür wird es eingesetzt? Diese Frage konnte bisher niemand beantworten. Während andere Länder solche Bilanzen längst regelmässig veröffentlichen, gibt es bei uns keine Stelle, welche die Informationen aus den verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik sammelt und sie zu Entscheidungsgrundlagen verarbeitet.

Im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms «Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit in der Schweiz» ist nun an der Universität Lausanne unter

der Leitung von Professor Pierre Gilliland erstmals ein solches «Sozialbudget» erstellt worden. Es beziffert die schweizerischen Sozialausgaben für das Jahr 1990 auf 81 Milliarden Franken. Das scheint zwar viel, doch geben die meisten europäischen Länder – gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung – einen grösseren Anteil für die soziale Sicherheit aus.

Die Studie ist in Buchform erschienen und dürfte alle interessieren, die sich über die Zukunft der schweizerischen Sozialpolitik Gedanken machen. Wichtig wäre auch, fortan regelmässig solche «Sozialbudgets» zu erstellen. (vth.)



Soziale Sicherheit 1990

(Vergleich mit den EU-Ländern, nach Bereichen, in % des Bruttoinlandprodukts)

Land	Gesundheit	Alter	Hinterlassene	Mutterschaft Familie	Arbeitslosigkeit Beschäftig.	Wohnen	Verschiedenes	Total Eurostat
Belgien	8,6	8,4	3,0	2,3	2,6	0,0	0,3	25,2
Dänemark	8,4	10,6	0,0	3,5	4,4	0,7	1,3	28,9
Deutschland	10,4	7,8	3,1	2,1	1,6	0,2	0,8	26,1
Griechenland	3,4	8,8	1,8	0,3	0,3	0,1	0,8	15,5
Spanien	7,4	6,4	2,0	0,3	3,3	0,1	0,2	19,8
Frankreich	9,2	9,8	3,0	2,7	1,8	0,8	0,3	26,5
Irland	6,9	4,8	1,3	2,5	2,8	0,7	0,4	19,4
Italien	7,7	11,2	2,4	1,1	0,4	0,0	0,0	22,8
Luxemburg	10,0	8,0	3,7	2,8	0,2	0,0	0,3	24,9
Niederlande	13,6	9,8	1,7	1,8	2,6	0,3	1,0	30,8
Portugal	7,1	5,6	1,2	1,1	0,4	0,0	0,6	15,9
Grossbritannien	7,2	9,3	0,0	2,3	1,3	1,3	0,3	22,0
EU	8,9	9,1	2,1	1,9	1,6	0,5	0,4	24,5
Schweiz	8,4	9,2	0,3	1,1	0,2	0,1	1,3	20,7

QUELLE: EUROSTAT, 1980-1991